

bablement la vôtre aussi d'ailleurs, comme je vous connais. Ce n'est pas l'administration qui doit inspirer au Conseil fédéral son opinion, c'est le Conseil fédéral qui doit avoir une opinion et prier l'administration de la tester – si ce sont des problèmes techniques –, de la concrétiser. J'ai toujours été horrifié quand, ça a pu arriver une fois ou l'autre, le Conseil fédéral décide qu'il y a un problème et demande alors à une commission d'experts de lui dire où est le problème et quelles sont les solutions. Je prétends qu'il faut faire le contraire. C'est le Conseil fédéral qui doit dire: «Voilà la solution qu'on aimerait voir appliquée. Maintenant, que les experts nous disent si elle est applicable ou si elle ne l'est pas et quelles seraient les conséquences si on suit la volonté du Conseil fédéral.» Il faut d'abord avoir une idée, ensuite l'administration doit l'exécuter.

Dans ce cas précis, tous ces problèmes sont hautement politiques; il ne s'agit pas de problèmes très techniques. Il y a bien sûr des problèmes techniques, mais, pour prendre l'exemple concret que vous avez utilisé – l'apprentissage précoce du français dans le canton d'Argovie –, le problème technique a été résolu dans d'autres cantons. D'autres cantons n'ont pas introduit cet apprentissage, en tout cas pas jusqu'à aujourd'hui. Il n'y a pas de problème technique, il y a une volonté politique.

Pour les problèmes que vous évoquez, je suis convaincu qu'on n'a pas besoin de constituer une administration qui accumule un savoir et constitue une doctrine qu'elle impose au Conseil fédéral au moment de la discussion politique. Il s'agira d'une discussion politique. Si le problème a des conséquences importantes sur le plan technique, il sera toujours temps de créer pendant un certain temps un centre de compétences ad hoc pour régler ce problème. Mais ce sera une décision politique et le Conseil fédéral décidera, peut-être en prenant son temps, en fonction de critères politiques. Pour cela, il n'a pas besoin d'une administration qui fixe au préalable ce qui pourrait être sa doctrine au moment où la décision finale est prise. C'est pour cela que nous renonçons à donner une réponse positive à votre acte de générosité à l'égard du Conseil fédéral.

Nous vous invitons à ne pas donner l'ordre au Conseil fédéral de bâtrir une administration supplémentaire pour le cas où, en attendant Godot!

Schmid-Sutter Carlo (C, AI): Herr Bundesrat, ich danke Ihnen ausserordentlich für Ihre Antwort. Wäre das schriftlich in der Stellungnahme des Bundesrates enthalten gewesen, hätte ich vermutlich bereits zu Beginn der Debatte sagen können, ich ziehe die Motion zurück.

Ich behaft Sie auf zwei Punkten: Ich behaft Sie erstens darauf, dass Sie erklärt haben, dass sich der Bundesrat dieser Problematiken bewusst ist, dass er sie aber nicht als eine technische, sondern als eine politische Frage betrachtet und sich selber eine Meinung machen wird. Das heisst mit anderen Worten: Er wird nicht einfach einen gegebenen Auftrag tel quel umsetzen, sondern er wird sich eine eigene politische Meinung dazu bilden. Das ist der erste Punkt, und der ist wichtig.

Zweitens habe ich festgestellt, dass Sie gesagt haben, wenn es denn notwendig werden sollte, könnte sich der Bundesrat ad hoc das entsprechende Wissen beschaffen, indem er ad hoc entsprechende Strukturen schüfe.

Das genügt mir, ich danke Ihnen. Ich ziehe meine Motion zurück.

05.3378, 05.3379, 05.3380, 05.3381

Abstimmung – Vote

Für Annahme der Motion 27 Stimmen
(Einstimmigkeit)

06.3282

Zurückgezogen – Retiré

06.3278

Postulat Schmid-Sutter Carlo.

Bildungsbericht

Postulat Schmid-Sutter Carlo.

Rapport sur la formation

Einreichungsdatum 19.06.06

Date de dépôt 19.06.06

Ständerat/Conseil des Etats 20.09.06

Präsident (Büttiker Rolf, Präsident): Der Bundesrat beantragt die Ablehnung des Postulates.

Schmid-Sutter Carlo (C, AI): Es tut mir leid, dass ich Sie wieder – und zwar in einer ähnlichen Geschichte – behelligen muss; ich werde nicht darum herumkommen, bestimmte Sachen jetzt einfach zu wiederholen. Der 21. Mai 2006 hat, aus meiner Sicht, eine Entwicklung ausgelöst, an deren Ende die integrale Bundeskompetenz im Bildungswesen stehen wird. Es sind zwei Überlegungen, die mich zu dieser Überzeugung führen.

Die erste Überlegung ist folgende: Die neue Bildungsverfassung vom 21. Mai 2006 überträgt den Mechanismus des neuen Artikels 48a der Bundesverfassung auf den Bildungsbereich; ich habe das bereits ausgeführt. Auf Antrag interessierter Kantone können andere Kantone zu harmonisierten Lösungen entweder auf dem Weg der Allgemeinverbindlichkeitserklärung oder auf dem Weg der Beteiligungsverpflichtung, des Anschlusszwangs, gezwungen werden. Diese Mechanismen führen à la longue zu einer Stimmung unter den Kantonen, die einer freundiggenössischen Zusammenarbeit nicht eben förderlich ist.

Man stellt bereits Voraussetzungen dieses neuen Artikels fest: Kantone, die sich nicht einer Mehrheit fügen wollen, werden an den Pranger gestellt, wie dies dem Kanton Basel-Stadt wegen seiner nichtharmonisierten Volksschulstruktur passiert ist. Ob man auf der Seite des Kantons Basel-Stadt steht oder auf der Seite der EKD, ist völlig egal, aber die Art und Weise, wie wir jetzt miteinander umzugehen beginnen, wird auf Dauer keine gute Lösung sein.

Wir haben das zweite Beispiel, wo aufgrund anstehender Volksabstimmungen, z. B. im Kanton Zürich, bereits von autoritativer Stelle hier erklärt worden ist: Wenn das Volk dann soundso stimmt, wie es nicht der EDK entspricht, dann werden wir beim Bund intervenieren. Artikel 63a und Artikel 48a der Bundesverfassung geben diese Möglichkeiten; ich bestreite das nicht. Aber bereits in der Voraussetzung führen sie zu einer Stimmung, zu einer Prangerfunktion, welche ich auf Dauer unerträglich finde und welche mit jeder Garantie dazu führen wird, dass einzelne Kantone eines Tages sagen werden: Es ist uns lieber, wenn uns die Eidgenossenschaft in einem strukturierten Verfahren auf dem Gesetzgebungswege zwingt, das so oder so zu tun.

Aber die alte Art des Staatenbundes, die so tut, als ob es keine koordinierende Bundesinstanz gäbe, als ob sich die Kantone untereinander mit Hängen und Würgen einigen müssten, das entspricht eigentlich nicht dem Geist unserer Verfassung. Und – das sei beklagt – die NFA geht in dieser Richtung natürlich zurück in die Zeit vor 1848.

Eine zweite Überlegung geht von unseren Sälen aus. Es ist der Bund, der eines Tages die ihm gegebenen Kompetenzen in einer ausdehnenden Interpretation ausweiten und schrittweise den Kompetenzraum der Kantone im Bildungsbereich einengen wird. Ich lade Sie ein, Artikel 62 Absatz 4 der Bundesverfassung anzuschauen. Diese Bestimmung gibt dem Bund eine Kompetenz im Volksschulwesen, die sich interpretatorisch bis hin zu einer prinzipiellen Bundeskompetenz ausweiten lässt. Wenn der Bund sagt, die Harmonisierung, welche die Kantone gefunden hätten, gehe nicht weit genug bzw. sei keine echte Harmonisierung, dann hat er aufgrund von Artikel 62 Absatz 4 die Kompetenz, gesetzgeberisch das



Erforderliche vorzukehren. Wer will bestreiten, dass er sagen darf, ob die Harmonisierung gegückt ist oder nicht? Seit dem 21. Mai 2006 liegt die Kompetenzkompetenz beim Bund und nicht bei den Kantonen.

Im Hochschulbereich ist mit Artikel 63a Absatz 5 der Bundesverfassung dieser Durchbruch zugunsten des Bundes bereits erreicht. Wahr hat der Bund eine Verpflichtung, mit den Kantonen eine Koordination im Hochschulbereich zu suchen. Aber wenn er sie nicht findet, dann kann er gesetzgeberisch tätig sein, ohne Rücksicht auf die Kantone. Und wer will ihn daran hindern, zu erklären, dass er die Koordination mit den Kantonen nicht gefunden hat? Wenn er eine bestimmte Vorstellung hat und die Kantone eine andere haben und der Bund sagt, er beharre auf seiner Vorstellung, dann ist die Koordination nicht erreicht, und der Bund hat somit die entsprechenden Kompetenzen.

Ich sage Ihnen hier, was geschehen kann, was geschehen wird – nicht heute und nicht morgen, aber eines Tages. Da dies so ist, sollten wir versuchen, den Weg und das Ziel, auf das wir zusteuern, so gut wie möglich zu erkunden. Und das führt zu meinem Postulat.

Ich möchte, dass wir uns heute schon fragen, wie der Endzustand einer vollständigen Bundeskompetenz im Bildungswesen aussieht: auf welchen Stufen sich der Bund darauf beschränken soll, eine Grundsatz-Gesetzgebungskompetenz in Anspruch zu nehmen, auf welcher Stufe er eine volle Gesetzgebungskompetenz beanspruchen soll und auf welcher Ebene es allenfalls sinnvoll ist, dass der Bund die Schule selbst betreibt. Der Bund sollte dabei auch prüfen, wie Schnittstellenprobleme zu anderen Politiken, zum Beispiel zwischen Bildungspolitik und Gesundheitspolitik und hier vor allem im Bereich der Universitätsspitäler, zu lösen sind – Schnittstellen, die ungeklärt sind und föderalistisch enormen Sprengstoff in sich bergen. Und der Bund sollte dabei auch die finanziellen Auswirkungen darstellen.

Nun wird sich der Bundesrat gegen die Überweisung des Postulates und gegen das Abfassen eines solchen Berichtes mit der Begründung wehren, dass die neuen Artikel der Bundesverfassung keine Grundlage für einen einheitlichen Bildungsraum auf allen Stufen des Bildungswesens unter der ganzen Verantwortung des Bundes böten. Ich habe das nie behauptet. Ich habe behauptet, dass ich nicht davon abkomme, zu fühlen, dass es in diese Richtung geht. Daher will ich wissen, wie der Weg aussieht; und ich will wissen, wie das Ziel aussieht. Je nachdem kann man sich einrichten. Ich möchte einen Erkundungs- und einen Aufklärungsauftrag erteilen, damit wir eines Tages en connaissance de cause entscheiden können, ob es sich lohnt, in der angegebenen Richtung weiterzuschreiten, oder ob es sinnvoll ist, die Richtung, die wir am 21. Mai dieses Jahres eingeschlagen haben, einer Korrektur zu unterziehen. Mit diesem Postulat werden keine Entscheide provoziert. Es soll Klarheit geschaffen werden.

Ich kann mir schwer vorstellen, dass man nicht dafür sein kann, in dieser zentralen Frage Klarheit zu schaffen. Ich bitte Sie daher, das Postulat anzunehmen.

Couchepin Pascal, conseiller fédéral: Il est vrai que, lorsqu'on vote un article constitutionnel, cela entraîne des conséquences pratiques, juridiques, politiques, économiques pour les milieux concernés. Il est vrai que si, le 21 mai 2006, on a voté un nouvel article constitutionnel, c'est pour que quelque chose change dans ce pays. Mais un article constitutionnel comme celui-ci, sauf lorsqu'il est écrit d'une manière extrêmement précise et qu'il fixe un objectif absolument clair, ne peut pas être expliqué ni être analysé jusqu'au dernier détail sans qu'il y ait un débat politique sur son application, débat politique qui passe par la loi contre laquelle, si on n'est pas d'accord, on peut lancer le référendum.

L'intention de ceux qui ont créé cet article constitutionnel, le Parlement qui l'a voté, le Conseil fédéral qui l'a soutenu, n'est pas de faire une révolution, mais de provoquer une évolution dans la collaboration entre les cantons et la Confédération. Il serait faux de vouloir faire un exercice, maintenant, qui consisterait à envisager tous les aspects théori-

ques qui pourraient se faire jour au cours des années qui viennent et ainsi mettre dès le départ en difficulté ceux qui cherchent à trouver des solutions pratiques fondées sur l'article constitutionnel pour régir le domaine qu'il couvre, en particulier le domaine tertiaire.

Dans cet esprit, je dois dire que je suis un peu choqué par l'intervention des cantons qui, depuis que l'article constitutionnel a été voté, considèrent qu'ils ont une sorte de droit de dire à la Confédération ce qui doit être décidé en matière de crédits, qui considèrent que la Confédération viole l'article constitutionnel si elle n'obéit pas au doigt et à l'oeil aux déclarations d'un comité qui n'a pas de compétences juridiques, mais qui est un partenaire ordinaire de discussion avec la Confédération. Je trouve ça inélégant à l'égard de la Confédération, qui doit aussi procéder à des discussions à l'intérieur de ses structures; et les discussions auront lieu tout à l'heure, en particulier lorsqu'on abordera la motion Langenberger.

Autant l'exercice que propose Monsieur Schmid semble intéressant, autant il peut être dangereux politiquement, parce qu'il risque d'être théorique et d'évoquer des possibilités qui ne sont pas concrètes. L'exercice que vous voulez que l'on fasse, on le fait par le truchement de la loi qui sera votée. C'est vous, dans la pratique, qui devrez définir l'application de l'article constitutionnel et on ne doit pas faire de la politique-fiction. La politique-fiction, c'est la loi qui sera votée ici et qui fixera le cadre d'interprétation de la Constitution. Ce que vous proposez, c'est une étude qui relève de l'université et qui n'est pas quelque chose de politique. Ce qui est politique, c'est la décision que vous prenez.

En sens inverse, je le redis, je suis choqué par une certaine suffisance de tel ou tel représentant des cantons qui déclare: «L'article constitutionnel nous donne le droit d'imposer à la Confédération telle ou telle décision et vous devez nous obéir. Si vous ne nous obéissez pas, nous allons à la presse et nous déclarons que vous vous désengagez.» Pourtant, on va le voir tout à l'heure, même la proposition la plus modérée du Conseil fédéral est quand même tout le contraire d'un désengagement; c'est un engagement supplémentaire.

«Aurea mediocritas» – faisons du latin encore une fois ce matin –, c'est la voie moyenne qui est celle de la sagesse dans un système comme celui-là, et la voie moyenne, c'est de passer par l'exercice concret de la loi sur les hautes écoles spécialisées qui est en élaboration d'entente avec les cantons et qui vous sera soumise, et qui est la réponse aux préoccupations légitimes de Monsieur Schmid. Ce n'est pas de faire un rapport qui risquerait d'être contredit par la réalité politique.

C'est pour cette raison que, malgré tout l'intérêt que j'ai pour votre postulat – et j'aurais été tenté de l'accepter, parce qu'il est intéressant –, je crois que c'est une voie dangereuse qui risque d'amener plus de difficultés entre partenaires que de clarification, comme vous l'espérez.

Abstimmung – Vote

Für Annahme des Postulates 30 Stimmen
(Einstimmigkeit)

